

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Abzugspreise: die neuzeitlich gezeichnete Monatskarte über deren
Wochenpreis 20 Pf., für die Monatskarte (entsprechend
an den dreißigjährigen Zeit einer Zeitungs) 1,50 RM. Anzeigen-Entwurf
wöchentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-W. 1, Güterbahnhofstraße 2.
Wachstumspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (außer im Voraus), durch
die Post 2,60 RM (ohne Zustellung). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Bezugspreises.
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. Güterbahnhofstraße 2 und
Kunzeplatz; Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. Güterbahnhofstraße 2.
Verantwortlich für Redaktionen: Otto Gabel, Dresden; für Vertrieb mit Ausnahme
der Auslandskarte: Hans Gabel, Dresden; für Ausland: Karl Weikner, Berlin; für Anzeigen
und Reparaturen: Otto Gabel, Berlin; für Inserate: Hans Gabel, Dresden;
für Druck und Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. G., Dresden-W.

8. Jahrgang Dresden, Montag den 4. Januar 1932 Nummer 2

Der „Burgfrieden“ beendet: Entfacht den Massensturm in Stadt und Land!

Schmiedet die rote Einheit in den Betrieben, an den Stempelstellen und in allen Orten. Stärkt die kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition und die kommunistische Presse!

Mobilisiert zum roten Volksentscheid!

Mit dem heutigen Tage ist der sogenannte „Burgfrieden“, den die Brüning-Groener-Regierung zur Sicherung des „Weihnachtsfriedens“ verhängt hatten, aufgehoben. Dieser „Burgfrieden“, von faschistischen Mordüberfällen auf Arbeiter eingeleitet, und dessen vorläufige Ende im Zeichen einer an sich wellenden Streikbewegung der Arbeitermassen steht, hat die Klassengegensätze nicht nur nicht abföhren können, sondern ihre Verschärfung unverhüllt gezeigt.

Bereits am ersten Tage nach Aufhebung des allgemeinen Versammlungsverbotes leht die Rote Versammlungsflut wieder ein. Die kommunistische Partei und die KPD stehen an der Spitze der Gegenoffensive der werktätigen Massen. Die Massenentlassungen in der sächsischen Industrie, der ungeheure Lohnabbau bei allen Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten und die erneute Kürzung der Fürsorgegelder hat die Frage des Existenzkampfes, des Kampfes um das letzte Stück Brot auf die Tagesordnung gestellt.

In allen Städten und Orten Sachsens werden heute und in den nächsten Tagen in öffentlichen und Betriebsversammlungen, Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, unteren Beamten und wertvolle Mittelschichten durch die kommunistische Partei erfasst und aufgeklärt werden. Der Protest der arbeitenden Massen gegen Notverordnungsmaßnahmen und die kapitalistische Anarchie, wird hier seinen Ausdruck finden. Diese Versammlungen werden eine Abrechnung mit dem faschistischen Kurs der herrschenden Klasse und ihrer beiden Flügelgruppen, den sozialdemokratisch-reformistischen Einseitigern und Schrittmachern der faschistischen Diktatur und den nationalsozialistischen Terrorbanden sein.

In Sachsen haben sich die SPD und die Nazis besonders deutlich als Stützen der kapitalistischen Diktatur-Regierung mit verteilten Rollen erwiesen. Auch hier hat sich die Sozialdemokratie durch Knebelung der Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen, durch Abwägung von Streiks und durch Versuche zur Zerstückelung einer breiten proletarischen Einheitsfront als soziale Hauptstütze des Regimes der herrschenden Klasse erwiesen.

Umso verantwortungsvoller ist hier die Aufgabe der kommunistischen Partei. Sie hat mit der Offensive zum roten Volksentscheid gegen die Schicksalsdiktatur gleichzeitig den Kampf gegen die Theorie und Praxis des „kleinsten Übels“ auch in Sachsen in breiter Front aufgenommen. Sie entkühlt damit vor den Massen die faschistische Rolle der SPD- und ADGB-Führung und die Uebereinstimmung der Edel und Unedel mit den Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie und ihrer Regierungen.

Die rote Versammlungsflut, die im Rahmen des roten Volksentscheides einleitet, muß im Zeichen der beschleunigten Bildung der roten Einheitsfront aller Arbeiter und der verstärkten Werbung für die kommunistische Partei, für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und für die kommunistische Presse stehen.

Die Herstellung der roten Einheit der Arbeiter aller politischen Richtungen in den Betrieben und an den Stempelstellen und überall wo Ausgebettete und Unterdrückte sich zusammen-

finden, steht im Mittelpunkt der Massenmobilisierung zum roten Volksentscheid und der Werbung für die kommunistische Partei. Diese rote Einheit des Kampfes für die Tagesinteressen der Massen und gegen jede Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse ist nur allein imstande dem Proletariat und allen anderen werktätigen Schichten Arbeit, Brot und Freiheit zu bringen.

Die Stärkung der organisierten Führung des revolutionären Klassenkampfes ist eine entscheidende Vorbedingung für den siegreichen Sturm auf die Positionen des Klassenfeindes. Keine der Unterdrückungsmaßnahmen, kein Verbot, kein Urteil der Klassenjustiz war imstande, den Vormarsch der kommunistischen Partei und die Verbreiterung ihres Einflusses in den entscheidenden Schichten des Proletariats und der Werktätigen aufzuhalten. Dennoch bedarf es einer weiteren, gewaltigen Verschärfung ihrer Front um die Pläne der herrschenden Klasse endgültig zunichte zu machen.

Formiert die rote Einheitsfront gegen die faschistische Kapitaldiktatur! Mobilisiert zum roten Volksentscheid der kommunistischen Partei Sachsens!

„Generalstreik“ oder wirklicher Kampf?

Die Streikbrecherfiliale im „radikalen“ Gewande

Die Sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaften mit Graßmann, Leipart und Tarnow an der Spitze sind die wichtigste Stütze der Brüningdiktatur. Das ist ihre feststehende Tatsache, die weder von den Wels-Breitsteins, noch von den Tarnow-Leipart bestritten wird. Ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften wäre es der Brüning-Groener-Regierung nicht möglich, ihre Diktatur durchzuführen, die Unterdrückung der Erwerbslosen und die Löhne der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten auf dem Wege der Notverordnung abzubauen. Eine ebensolche Tatsache aber ist, daß die Diktatur der Brüningregierung, die Diktatur des Großkapitals, immer mehr mit faschistischen Methoden ausgeübt wird. Die Regierung Brüning-Groener ist die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Es ist ohne weiteres klar, daß die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften, in dem sie die Brüning-Groener-Regierung unterstützen, die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur unterstützen.

Die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer haben monatelang vor der Arbeiterklasse ihre Politik als „kleinstes Übel“ verteidigt, um angeblich das „größte Übel“, eine Hitlerregierung, zu verhindern. Sie haben monatelang versucht, den Arbeitern weiszumachen, daß der Kampf gegen den Faschismus eben in der Unterstützung der Brüningregierung besteht, daß die Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus nichts weiter zu tun brauchen, als die sozialdemokratische Politik, die Politik der reformistischen Gewerkschaften, zu unterstützen.

Diese Politik der SPD. läuft darauf hinaus, den Kampf der Arbeitermassen gegen die Notverordnungsmaßnahmen der Brüningregierung, gegen die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Aus der Politik der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ergibt sich konsequenterweise jene Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse zu dem Kampf der Arbeiter gegen den Lohnabbau.

„Der Streik.“ schreibt die sozialdemokratische Presse, „soll eine Antwort sein auf die Brüning-Notverordnung. Vor dielem gemeingefährlichen Treiben von Karren, die sich für gewerkschaftliche Führer halten, können die Arbeiter nicht rechtzeitig und nicht scharf genug gewarnt werden... Auch ihnen muß klar sein, daß ein Streik gegen die Notverordnung nach Lage der Dinge nur ein politischer Streik sein kann; denn die Notverordnung ist Gesetz.“

Das ist die Sprache von Streikbrechern. Die sozialdemokratischen Führer und die Führer der reformistischen Gewerkschaften leben nicht nur, sondern handeln auch als Streikbrecher.

Die Erkenntnis, daß die Wels, Breitsteins, Tarnow, Graßmann, Leipart usw., daß die Sozialdemokratische Partei und der Apparat der reformistischen Gewerkschaften Streikbrecherei treiben wird immer größer. Auch unter den Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter und der Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften. So sind heute schon große Teile, insbesondere

Streiks an der Ruhr, in Berlin, Danzig und in Hamburg

Streikbruch der Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Sebering-Polizei

Essen, 2. Januar. (Eig. Drahtb.)

Der Aufforderung der zentralen Streikleitung, in den Betrieben, wo Voraussetzungen für einen Streik bestehen, den Streik auszuführen, sind heute morgen mehrere Belegschaften nachkommen. Folgende Betriebe haben den Streik proklamiert:

Zeche Bergmannsglück in Luer ist im Streik. Auf Zeche Rheinpreußen streikt Schacht 6, ebenfalls Zeche Königsdorn bei Anna. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Den Streik aufgenommen haben ferner eine Baustelle in Hamm, eine Baustelle in Duisburg, eine Baustelle in Mülheim, eine in Essen und zwei in Steele.

Es streikt der Textilbetrieb von Velden in Gronau mit 1500 Mann Belegschaft und ein kleiner Metallbetrieb in Anna.

Ferner hat Thyssen in Mülheim mit Vorrichtungsarbeiten für den 4. Januar begonnen. 100 Mann, also fast alle Vorrichtungsarbeiter, sind heute in den Streik getreten.

Von der Essener Straßenbahn ist ein zweiständiger Streik in den Bahnhöfen Borbeck und Mühlheim-Heißen gemeldet worden. In Heißen erschien sofort nach Streikausbruch die Schupo und sprengte das von den Streikenden verammelte Bahnhofsgebäude. In angrenzenden Essen-Altdorf wurden eine Reihe kommunistischer Funktionäre verhaftet.

Die Polizei hat große Verstärkungen erhalten, z. B. Reddinghausen und Herne durch sipprenische Schupo. Sie hielt mit großen Aufgeböten die Straßen besetzt. Trotzdem waren die Sprechhöre der proletarischen Massenorganisationen außerordentlich aktiv. Auf der Schachtanlage Bräsefert wurden zwei Streikposten verhaftet. In Luer-Scholven waren Frauen und Erwerbslose in besonders großer Anzahl als Massenstreikposten erschienen und forderten die Kampfes durch Sprechhöre auf. Auf der Schachtanlage Westerkamp waren Kriminalbeamte in die Rauen eingedrungen. Sie wurden von der Belegschaft verprügelt, und konnten sich nur durch das Abfeuern scharfer Schüsse retten.

(Bessere Meldungen über Streiks und Kampfvorbereitungen auf der 2. Seite)

Morgen Lohnabbau für die sächsischen Metallarbeiter!

Morgen Dienstag wird auf Anruf der Unternehmer der Schlichter über die ab 1. Januar geltenden Löhne für die sächsischen Metallarbeiter entscheiden.

Für die sächsischen Metallarbeiter, deren Löhne durch den Schlichterspruch vom 7. Dezember, der inzwischen vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt wurde, um 6,5 bzw. 5,3 Prozent für Affordarbeiter gekürzt wurden, bedeutet das erneute Herabsetzung der Löhne.

Die Belegschaften der Metallindustrie müssen sofort in Belegschaftsversammlungen zu der erneuten Lohnkürzung Stellung nehmen und Rechenschaft von den Betriebsräten über ihre Haltung zum Lohnabbau fordern!

Volkssturm gegen Notdiktat. Einstimmiger Protest der Gemeinde Cunewalde

Das Gemeindevorstandskollegium Cunewalde nahm einstimmig einen Antrag der kommunistischen Fraktion gegen die Notverordnung an.

Ortskrankenkasse Großpostwitz beschließt Nichtdurchführung

In der letzten Sitzung des Vorstandes der Ortskrankenkasse Großpostwitz, dem ein Kommunist angehört, wurde auf dessen Vorschlag mit 5:7 Stimmen beschloßen, die Notverordnungsmaßnahmen der Notverordnung, die die Krankenkassemitglieder schwer treffen, nicht durchzuführen.

Weitere Berichte von der Streikfront Hamburger Metallarbeiter im Streik

Hamburg, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Belegschaft der Hamburger Metallfabrik Kampnagel ist heute gegen den am heutigen Tage in Kraft tretenden Lohnabbau in den Streik getreten. Der Streikbeschluss ist mit Zustimmung der reformistischen Betriebsräte gefasst worden. Den Streikenden sind die Entlassungspapiere zugestellt worden. Die Entlassungsgrund wird angegeben: Ablehnung einer durch die Rotverordnung begründeten und angebotenen Verdienstregerung.

Danziger Seeleute streifen

Danzig, 2. Januar. (Eig. Bericht.)

Der Seelenteistreik in Danzig ist ausgebrochen. Es befinden sich augenblicklich im Danziger Hafen sieben deutsche Schiffe. Von diesen legten am 31. Dezember die Seeleute des Dampfers „Nordsee“ die Arbeit nieder. Heute morgen legten die Seeleute des Dampfers „Aegidius“ die Arbeit nieder.

Die Schupo bewachte heute morgen die Schiffe, um Streikbrecher zu verhaften und arbeiten zu lassen. Von Seiten der Hafenarbeiter und Seeleute kann niemand zu den Schiffen kommen, da sie vollkommen von der Schupo abgeperrt sind.

Streiks in Berlin

Berlin, 3. Januar. (Eig. Meldung.)

In den Wärtlichen Textilmereien in Vichtenberg ist die Belegschaft unter Führung der NSD geschlossen in den Streik gegen die Rotverordnung getreten. Am Sonnabend fand die erste Streikversammlung statt. Die Belegschaft hatte betriebliche Forderungen aufgestellt und dem Unternehmer durch eine gemächliche Verhandlungskommission dieselben

„Rot-Front“-Sprecher nicht ermittelt Oppositionelle Telegraphenarbeiter trotz Alibi nachweis

Die Nachforschungen der Polizei nach den Kundunflüsterern haben noch kein politisches Ergebnis erzielt. Zwei Telegraphenarbeiter wurden festgenommen und sind seit Sonnabend in Untersuchungshaft genommen worden. Sie können aber für die fragliche Zeit ein Alibi nachweisen. Die beiden oppositionellen Telegraphenarbeiter bleiben aber trotzdem weiter in Haft. Die Dresdner Nachrichten melden dazu:

Die Ermittlungen der Polizei zur Aufklärung der kommunistischen Störung der Kundunflüsterung des Reichspräsidenten haben noch zu keinem vollen Erfolg geführt. Es wurden zunächst verschiedene Verurteilte, die zum Bekanntwerden der am Sonnabend festgenommenen beiden Telegraphenarbeiter gehören, der politischen Polizei zur Vernehmung vorgeführt, ohne daß es bisher gelungen wäre, den Verhafteten die Tat nachzuweisen.

Die am Sonnabend verhafteten beiden Telegraphenarbeiter scheinen als Täter nicht in Frage zu kommen und dürften, wie es heißt, wieder aus der Haft entlassen werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie Mitwisser der Tat sind.

Herr Schied weiß von nichts...

Er will die Mitverantwortung für die Rotverordnungen abwälzen

Bei der Stellungnahme der kommunistischen Presse zum Lohnabbau im schlesischen Steinkohlenrevier wurde Herr Schied als Schieds-Ratungsgesicht an die Bergleute bezeichnet. Herr Schied läßt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei nunmehr folgende Erwidrerung verbreiten:

„Der Lohn und Gehaltsabbau im Steinkohlenbergbau ist durch die vierte Reichsrotverordnung festgelegt. Der Vorschlichter hat lediglich im Falle von Meinungsverschiedenheiten herzutreten, welcher Lohnabbau auf Grund der Rotverordnung vom 1. Januar 1932 ab gilt. Der Schlichter untersteht dem Reichsarbeitsministerium, nicht der schlesischen Regierung.“

Die schlesische Regierung ist also an dem Lohn- und Gehaltsabbau im Steinkohlenbergbau in keiner Weise beteiligt. (?) Diese Stellungnahme des Schieds-Ratungsgesichtes ist in doppelter Hinsicht interessant. Einmal spricht daraus die Zucht vor dem Ausgang des bevorstehenden roten Volksaufstandes in Schlesien, durch den Herr Schied und die Seinen ihre Positionen bedroht fühlen. Zum anderen aber wird hier ein freilich sehr plumper Versuch gemacht, die Verantwortung für den unerhörten Lohnabbau bei den schlesischen Steinkohlenkumpeln einfach auf die Brüning-Regierung allein abzuschieben. Selbstverständlich ist die Rotverordnung Brüning's der unmittelbare Anlaß für diesen neuen Lohnabbau gewesen und insofern trifft die Verantwortung auch die Brüning-Regierung. Aber das kann Herr Schied nicht von seiner Verantwortung entlasten. Denn der be-

des Streiks erst anwenden, wenn die Nationalsozialisten durch ihren Eintritt in die Reichsregierung die Macht ergreifen. Die schicksalhaften Erfahrungen der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zeigen, daß der Generalkrieg nicht „vom Himmel fällt“, daß er vielmehr herauswächst aus den täglichen ökonomischen und politischen Kämpfen des Proletariats. „Generalkrieg“ bei gleichzeitiger Verzicht auf den täglichen, ökonomischen und politischen Kampf, das war bereits das Rezept der Anarchosyndikalistischen, gegen die Friedrich Engels, der Vorwörter des wissenschaftlichen Sozialismus, einen vernünftigen Kampf geführt hat. „Alles oder Nichts“, was ist die Theorie aller Opportunisten in der Arbeiterbewegung.

Der Generalkrieg ist eine Waffe des Proletariats. Die Arbeiterklasse leert die Anwendung dieser Waffe nur im täglichen Kampf. In diesem Kampfe, durch die Verflechtung des ökonomischen und politischen Kampfes, wird auch die Frage entschieden, ob die Arbeiterklasse über den Faschismus hinweg zu kommen vermag. Die kommunistische Partei hat keinen Augenblick die Möglichkeit zugelassen, daß der Sieg des Faschismus unvermeidlich ist. Der Faschismus kann nur gegen die Bourgeoisie durch die Kräfte des Proletariats durch die Anwendung und Unterbreitung der Arbeiterklasse mit verfahrenen schicksalhaften Methoden nur durchzuführen. Das ist die Theorie aller Opportunisten in der Arbeiterbewegung.

unterbreitet. Als der Unternehmer nicht mit der Rotverordnung verhandeln wollte, antwortete die Belegschaft mit dem Streik. Die Friedrichshafener Zahnradfabrik in Berliner Norden ist gestern vormittag in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen den durch Rotverordnung herbeigeführten Lohnabbau. Aus demselben Grunde trat die Belegschaft der Firma Doering, Gerichtstraße, in den Streik.

Neue Streikvorbereitungen an der Ruhr

Den Dresdner Nachrichten entnehmen wir folgende Meldungen: „Kettlinghausen, 2. Januar. Den Sonntag demnächst an Kommunisten in verstärktem Maße, um zum Streik aufzurufen. Dabei wurde die Taktik verfolgt, geschlossene Belegschaftsversammlungen polizeilich anzumelden, die in Wirklichkeit öffentliche Versammlungen waren, an denen Parteimitglieder teilnahmen. Eine solche Versammlung fand in Kettlinghausen im Lokal Wehring statt. Die Versammlung wurde polizeilich aufgelöst. Vier leitende Teilnehmer, darunter kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter J. und ein anderer, wurden festgenommen.“

Kampfrüstungen in Mitteldeutschland

Die durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften herbeigeführte ungeheure Lohnerhöhung für die Arbeiterklasse der chemischen Industrie Mitteldeutschlands hat eine sich von Tag zu Tag verstärkende Erregung in allen heimischen Gewerkschaften hervorgerufen. Die reformistischen Boykott und vor allem die handwerklichen Forderungen greifen zu den verzweifeltsten Maßnahmen, um ihre elende Verträglichkeit zu verfestigen, um die Forderung darüber abzuschwächen, daß sie für die Brüning'schen Rotverordnungen einzutreten. In den meisten Betrieben ergreifen die Belegschaften abteilungsweise oder sogar betriebweise Belegschaftsversammlungen.

„kleineren Uebels“ nicht mehr hereinfallen, die immer klarer die Nichtigkeit der Forderungen der Kommunistischen Partei erkennen, daß der Faschismus nicht erst dann kommt, wenn Hitler in die Regierung eintritt, sondern daß der Faschismus längst begonnen hat und daß die Politik der SPD. nicht ein Kampf gegen den Faschismus ist, ein Kampf, der den Faschismus verhindert, sondern eine Politik, die dem Faschismus den Weg bereitet.

Die Konsequenz, die sich daraus für die sozialdemokratischen Arbeiter und für die Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften ergibt, hat der Einheitsfront-Appeal des Zentralkomitees der SPD. an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften aufgezeigt. Genosse Thälmann, der Führer unserer Partei, hat diese Konsequenz unterstrichen, indem er sagt:

Wir legen den Arbeitern: Gegen eine zufällige, noch offenere und struppeligeren Form der kapitalistischen Diktatur kann man nicht kämpfen, indem man heute den Kapitalismus schont, toleriert, unterstützt, sondern indem man in jeder Stunde den Hauptstoß gegen die kapitalistische Diktatur der Bourgeoisie und ihre entscheidenden Stützen richtet.

Den Kampf gegen eine drohende Hitler-Regierung oder Hitler-Brüning-Regierung vorbereiten — das heißt gegen die heutigen Brüning-Braun-Groener-Regierungen den härtesten Kampf führen!

Den Faschismus schlagen, das heißt die Arbeiterklasse aus den Händen der Sozialdemokratie und des Reformismus erlösen! ... Wenn die Kommunistische Partei den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die verräterische sozialdemokratische Führerschaft, gegen die verräterische SPD-Führerschaft richtet, so deshalb, weil dies der Weg ist, um die Macht des Proletariats im Klassenkampf gegen den Kapitalismus voll und ganz in die Hände der Arbeiterklasse zu bringen. Unabdingbar ist die Arbeiterklasse, wenn sie in ihrer entscheidenden Mehrheit zum vollen Klassenbewusstsein erwacht und sich auf die ganze Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe als die fortgeschrittenste, als die Klasse der Zukunft erhebt.

Wer verhindern will, daß Hitler in die Regierung kommt, oder mit anderen Worten: Wer verhindern will, daß die Bourgeoisie ihre schicksalhafte Diktatur restlos durchführt, — der muß gegen die gegenwärtigen Regierungen Brüning, Groener, Brüning und Braun den entscheidenden Kampf führen. Aber dieser Kampf kann nichts anderes sein, als zugleich ein Kampf gegen die sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaftsbürokratie des ADGB, weil sie die Brüning-Politik unterstützen.

Die Wels und Breitfeld leben, daß ihre Theorie des „kleineren Uebels“ immer größere Beachtung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter findet. Darum haben sie diese Theorie, dieses Betrugsmaschinen an der Arbeiterklasse ergötzt durch das andere Wandler der „eisernen Front“. Über der Forderung der „eisernen Front“ und der Politik der „eisernen Front“ ist gleichermäßen die Unterbreitung der Brüning-Groener-Regierung. Es ist Streikbruch gegen die Arbeiterklasse, deren Kampfmittel gegen die Diktatur des Großkapitals wächst. Der Appell des Zentralkomitees der SPD. an alle sozialdemokratischen Arbeiter sagt mit vollem Recht den Arbeitern:

Von diesen Arbeitern, die die Hauptstütze der Brüning-Groener-Diktatur bilden und jederzeit auf der Seite der Klassenfeinde stehen, trennt sich die sozialdemokratische Arbeiterklasse. Mit uns, der kommunistischen Partei, steht der Kampf gegen die gemeinsamen Feinde der Arbeiterklasse. Die Sache des gemeinsamen Kampfes ist über alles. Je tiefer wir mit allen kampfbereiten Arbeitern zusammenrücken, je geschlossener die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung alle Weltlichen kämpfen, desto rascher wird es gelingen, die Unterbreitung und alle Faschisten aufs Knie zu zwingen.

Die kommunistische Partei stellt in den Mittelpunkt ihrer Politik den Kampf der ganzen Arbeiterklasse, die rote Einheitsfront des Proletariats. Sie stellt diese Frage mit wachsendem Erfolg.

In dieser Situation, wo die Erkenntnis in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter und unter den Arbeitern in den reformistischen Gewerkschaften immer mehr Platz greift, daß die Arbeiterklasse eine selbständige Klassenpolitik, eine revolutionäre Politik machen muß, deren Inhalt und Ziel die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeuterordnung sein muß, kommen den Wels und Breitfeld die Kosenfeld, Bendemann und Zwilling, die Führer der „linken“ Politik der Sozialdemokratie, die sich in der „sozialistischen Arbeiterpartei“ „links“ gemacht haben, zu Hilfe. Kosenfeld schreibt in der „SA“, dem „Zentralorgan“ der SPD, einen Artikel: „Wohlbekannt“. Der Sinn dieses Artikels ist, vor der „Einheit“ zu warnen, die der Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung für die Arbeiterklasse bedeutet.

„Die Gefahr“, schreibt Kosenfeld, „daß der Nationalsozialismus eine Ruder kommt, ist gar nicht groß einzuschätzen. Der „linke“ Sozialdemokrat Kosenfeld empfiehlt der Arbeiterklasse für den Fall des Eintritts der Nationalsozialisten in die Regierung den — Generalkrieg.“

„Ein Volk mit Hitler“, schreibt Kosenfeld, „ist das Signal zum Generalkrieg und zu allem, was auf einen solchen notwendig folgen muß.“

Charakteristisch, daß Kosenfeld kein Wort zu der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Diktatur des Großkapitals im gegenwärtigen Augenblick findet. Ebenso charakteristisch, daß er mit keinem Wort die Rolle der Wels und Breitfeld als Stütze der Brüning-Groener-Regierung charakterisiert. Kosenfeld und alle „linken“ Sozialdemokraten schwärmen für den „Generalkrieg“ gegen Hitler — aber sie schwärmen über den Kampf der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblick.

Dieser „totalitäre“ Generalkrieg der „linken“ Sozialdemokraten ist nichts anderes als eine Unterbreitung der Wels und Breitfeld. Heißt es nicht, die Politik der Wels und Breitfeld, die Theorie des „kleineren Uebels“ unterstützen, wenn man wie Kosenfeld von der „ungeheuren Gefahr des Eintritts der Nationalsozialisten in die Reichsregierung“ schwärmt und dabei „vergisst“, auch nur ein Wort zu sagen über die Notwendigkeit des gegenwärtigen Kampfes gegen die Brüningpolitik und ihre soziale Hauptstütze, die SPD. und die reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Liegt nicht die Verleumdung der kommunistischen Partei durch die Kosenfeld und Zwilling auf der gleichen Linie, wenn sie behaupten, daß die kommunistische Partei mit dem Kampfe gegen den Faschismus warten wolle, auf den Tag, nach der Machtübergabe durch die Nationalsozialisten (Kosenfeld in der „SA“, vom 31. Dezember), daß sich die kommunistische Partei im Stillen damit abgefunden habe, daß der Sieg des Faschismus vorläufig einmal unvermeidlich geworden ist? (Zwilling in der „SA“, vom 1. Januar.)

In der Tat: Diese Verleumdung der kommunistischen Partei durch die Kosenfeld und Zwilling ist nicht nur im täglichen Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch im täglichen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, gegen den Terror, für die Koalitions, Freie, und Belegschaftsversammlungen des Proletariats, wie das die kommunistische Partei in ihrer Einheitsfrontappelle an die sozialdemokratischen Arbeiter klar ausgesprochen hat.

Bei beiden handelt es sich um Kommunisten, die von ihrer beruflichen Tätigkeit der genaue Kenntnisse über den Weg der Abklärung nach Königsbrunn haben.

Die Welle, auf der der in Demmin in Pommeren lebende Arbeiter von Henden-Vindin die Hindenburgrede mit dem Siemensschreiber aufgenommen hat, wurde von der politischen Polizei angefordert und wird in Berlin erwartet. Man würde dann an Hand der Welle die Spreizweise der kommunistischen Saboteure mit der der verdächtig erscheinenden Person vergleichen. Sollte es sich dabei herausstellen, daß eine Verbindung wegen der durch die Übertragung auf die Welle und bei der Wiedergabe im Gramophon entstehenden Verzerrungen nicht zu finden ist, so wird man möglicherweise die Verbindung in einen Unschreiber sprechen lassen, um dann nur die falsche anzustellen. In dem Ort, an dem das Kabel angelegt wurde, haben die Sachverständigen inzwischen eingehende Untersuchungen und Messungen angeestellt, um genau zu ermitteln, wo die Täter technisch bei der Bloßlegung des Drahtes gestanden haben.

„Breistommiffar“ auch für Gadsien

Das Schied-Ratungsgesicht hat beschlossen, für Gadsien ein „Landespreisüberwachungskommissar“ einzusetzen und für die Kosten den Ministerialrat Dr. Schöcher vom Innenministerium auszuheben. Der Herr Ministerialrat der Schied-Regierung ist getreten in den Vorkapfen seines Chais im Reich, des Herrn G. Goerdel, wandeln, der bekanntlich die Übernahme der Funktion mit der Erklärung einleitete, daß er kein Preisüberwachungskommissar sei. Die schicksalhafte werkschaftliche Bewegung wird die Seite der Schiedsdiatur angeht, des Reichs Volksentwurfes richtig einzuschätzen wissen.

Gandhi verhaftet!

Nach Meldung aus Bombay hat sich die Lage in Indien in Laufe der letzten 24 Stunden ungeheuer verschärft. Die revolutionäre Massenbewegung der Notwendigen veranlaßt die Regierung zu präventiven Maßnahmen. Gandhiji wurde verhaftet, obgleich er einen erneuten Kompromißversuch gemacht hat.

würden, die sich anbahnende proletarische Einheitsfront der kommunistischen Führung zu zerlegen.

Die kommunistische Partei stellt die Frage der Einheitsfront des Proletariats nicht als eine Frage der „Beistandigung“ der sozialdemokratischen Partei, wie es die „linken“ Sozialdemokraten Kosenfeld-Bendemann wollen, die mit dieser „Einheitsfrontpolitik“ nur die Arbeiterklasse betrogen. Die kommunistische Partei hat keinen Augenblick einen Zweifel daran gefaßt, was mit den Wels, Breitfeld, Leipart, Groener, Kosenfeld und seine Einheitsfront geben kann, daß die Kämpfer der Einheitsfront des Proletariats nur im schicksalhaften Kampfe gegen die sozialdemokratische Partei und ihre „linke“ Politik, gegen den Reformismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung hergestellt wird.

Die Einheitsfront des Proletariats wird hergestellt nicht durch den Weg der Deklarationen, sondern im täglichen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, gegen den Lohnabbau, gegen den Terror, für die Koalitions, Freie, und Belegschaftsversammlungen des Proletariats, wie das die kommunistische Partei in ihrer Einheitsfrontappelle an die sozialdemokratischen Arbeiter klar ausgesprochen hat.

Die SPD stellt heute die Frage, ob sie bereit ist, die

Die Erfahrungen deutscher Streikämpfe

Rede des Genossen Dahlem auf der Tagung des Zentralrats der KÖJ.

Auf der letzten abgeschlossenen Tagung des Zentralrates der Roten Gewerkschafts-Internationale sprach Genosse Dahlem für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten Deutschlands:

Durch Terror und mit Hilfe der Sozialdemokratie versucht die Bourgeoisie, ihr Lohnsenkungsprogramm, den Unterjüngungsabbau und den Abbau der Sozialversicherung durchzuführen. Brüning hat im Reichstag erklärt, daß es ihm dank der Unterstützung der Sozialdemokratie und des DGB gelungen sei, die Einheitsfront der deutschen Arbeiter zu verhindern und größere Streikämpfe zu verhindern. Diese Worte sollten uns eine Lehre sein, eine Waffe gegen die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften.

Genosse Dahlem stellt fest, daß die Linie des V. Kongresses auf die Politisierung der Streikämpfe sich in Deutschland voll und ganz bewährt hat. In der heutigen Situation in Deutschland gewinnt jeder Streik ausgesprochen politischen Charakter. Der rein politische Massenstreik ist immer häufiger an der Tagesordnung.

Was lehrt uns unsere Erfahrung? Eine gute Streikvorbereitung ist der halbe Sieg. In einem chemischen Werk in Mitteldeutschland hat man ganz unerwartet eine Lohnsenkung veranlaßt. Unsere Organisation rief zum Streik, ohne eine Stellungnahme der Arbeiter zu dieser Frage veranlaßt zu haben. Das Ergebnis war, daß der Streik binnen 24 Stunden abgemüht wurde, und daß wir in jenem Werk für lange Zeit das Vertrauen der Arbeiter verloren. In derselben Zeit sind gut vorbereitete Streikämpfe fast jedesmal erfolgreich gewesen.

Eine überaus wichtige Frage ist der Verbindungsdienst im Streik. Im letzten Streik der Ruhrbergarbeiter, wo 16 Zonen voll und teilweise gestreikt haben, mußte die Gesamtstreikleitung mitunter einen halben Tag verlieren, um Nachrichten über den Zustand der Streikfront zu bekommen. Von vornherein und ganz genau muß festgelegt werden, wer die Verbindung zwischen den Streikleitungen und den Betrieben aufrechtzuhalten wird.

Genauer betonte Genosse Dahlem die Wichtigkeit solcher Momente, wie dem organisierten Streikabschluss, die Streikunterstützung durch den Verband, die Forderung, daß nach dem Streik niemand gemäßigter werden soll, u. s. w.

Was ist das Gesamtergebnis unseres Streikkampfes im letzten Jahr? Am Anfang ist es uns nicht gelungen, die Lohnsenkung zum Stillstand zu bringen, wir konnten nur das Tempo der

Unternehmeroffensive ein wenig aufhalten. Aber dank der Anwendung einer richtigen Taktik haben sich jetzt die Verhältnisse geändert. Wir haben im Sommer 1931 120 Landarbeiterstreiks geführt, und davon waren ungefähr 80 Prozent siegreich. In den letzten Wochen haben ungefähr 30 Streiks der Berliner Metallarbeiter unter Führung des Einheitsverbandes stattgefunden. Meist die Hälfte war erfolgreich.

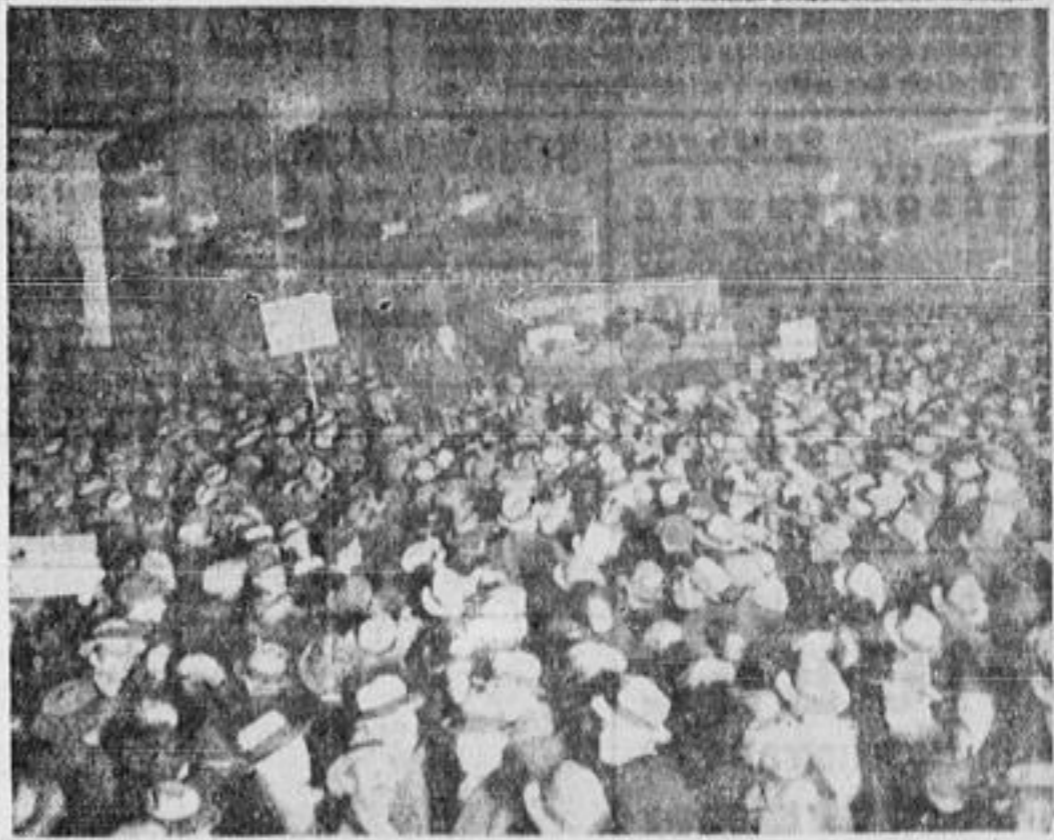
Kann man die objektiven Schwierigkeiten von der Rechnung streichen, die die Kampftätigkeit behindern? Nein, das kann man nicht. Die Angst vor der Entlassung, die Streikschulpolitik des DGB, die politischen Repressionen, — das alles hält den Arbeiter davon ab, am Streik teilzunehmen. Aber natürlich darf man die Bedeutung dieser objektiven Schwierigkeiten nicht über-

sehen, wie es die Opportunisten tun. Wir müssen die subjektiven Schwächen unserer Arbeit in Betracht ziehen, die den erfolgreichen Kampf hindern. Das ist das Unermüden, die Einheitsfrontpolitik zu organisieren und durchzuführen, aber in der Tat, nicht nur mit Worten; das Unermüden, gegen die „linken“ Mandate der Reformisten zu kämpfen, sie in den Augen der Massen zu entlarven. Im letzten Bergarbeiterstreik haben die Reformisten auf einer großen Rede erklärt, sie wären ebenfalls für den Streik. Unsere Anhänger gingen darauf ein, zusammen mit ihnen den Streik zu führen. Die Reformisten lehnten die Bildung einer Streikleitung ab und forderten, daß der Kampf von ihrem Betriebsrat geführt werden solle. Trotzdem die Kampfleitung aus 60 Mitgliedern bestand, nahmen unsere Genossen den Vorschlag der Reformisten an und freuten sich über die Möglichkeit, eine Einheitsfront zu schaffen. Natürlich wurde der Streik abgemüht. Dieses Beispiel beweist, daß wir es noch nicht verstehen, die Streikbruchpolitik der Reformisten rechtzeitig in den Augen der Arbeiter zu entlarven.

Genosse Dahlem kritisierte ferner die Streikpolitik der Genossen aus der KÖJ, Frankreich und betonte zum Schluß die Notwendigkeit einer engeren internationalen Zusammenarbeit und einer internationalen Popularisierung der erfolgreichen Streikämpfe unserer Anhänger in verschiedenen Ländern. (Anspr.)

Das ist Amerika!
Mehr als 10 Millionen Arbeitslose sind ohne Unterstützung dem Hunger preisgegeben. Nach Schätzungen bürgerlicher Zeitungen verhungern 30 Millionen Menschen buchstäblich.

Aber auch der revolutionäre Kampfwille wächst! Unser Bild zeigt Zehntausende von Arbeitslosen in Newyork, die Arbeit und Brot fordern.



Zu Hilfe den streikenden Textilarbeitern Polens und Hollands

Einen glänzenden Remis internationaler proletarischer Solidarität gaben die 14.000 streikenden holländischen Textilarbeiter: sie beschloßen in einer Massenversammlung, von den für sie gesammelten Unterstützungsgeldern 100 M. den streikenden jähren Wochen im Kampf lebenden polnischen Seidenarbeitern vom Lohd zu überreichen.

Mit der Spende überreichten sie folgenden Brief: Genosse, den 27. Dezember 1931. Den entschlossenen und heldenhaft streikenden Textilarbeitern Polens!

Liebe Genossen! Die große Massenversammlung, organisiert von der roten Gewerkschaftsopposition Hollands, in Eindhoven, an der sich mehr als 2000 streikende Textilarbeiter beteiligten, hat mit großer Aufmerksamkeit die Schilderung des tapferen und

mühtigen Kampfes, welchen ihr trotz des heftigsten Polizeiterrors gegen den Lohnraub der Textilbarone führt, verfolgt.

Trotzdem wir selbst mit 14.000 Arbeitern gegen den Lohnraub der holländischen Textilfabrikanten im Streik stehen und von den Gewerkschaftsopposition alle Maßnahmen getroffen werden, um den Kampf abzumühen, sind wir der Meinung, daß die Verhältnisse, unter denen ihr Euren Kampf führen müßt, eine Aufruf internationaler proletarischer Solidarität hervorzurufen müßten. Mit großem Enthusiasmus beschloßen wir denn auch, als Vorbild Euch 100 (hundert) Mark von den durch uns eingekammerten Geldern zu schicken, damit auch ein prächtiges Bündnis zwischen Euren und unserem Kampf geschmiedet wird, der gegen das internationale Ausbeutertum und für die Befreiung der Arbeiterklasse geht.

Es lebe der Kampf der polnischen Textilarbeiter!
Es lebe die internationale Solidarität!
Es lebe der kommende definitive Sieg der Arbeiterklasse!
Die rote Gewerkschaftsopposition Hollands, Gruppe Textil.

Kurze Auslandsnachrichten

Die amtlichen Ziffern der eingetragenen Arbeitslosen nach der Zählung vom 28. Dezember in ganz Frankreich sind 147.000 Arbeitslose, darunter 29.013 Frauen. Gegenüber der Vormonat hat sich die Arbeitslosenquote um 15.936 erhöht.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark beträgt nach den letzten Feststellungen 115.548. In der letzten Woche war eine Zunahme um 2500 Personen zu beobachten.

Im schwedischen Parlament wurde mit 47 gegen 35 Stimmen bei drei Enthaltungen die Einführung eines staatlichen Zudermopols beschlossen.

Der Nettobetrag des englischen Staatshaushalts des laufenden Finanzjahres betrug 203.782.903 Pfund. Gegenüber Einnahmen von 144.774.581 Pfund betragen die Ausgaben 648.527.484 Pfund. Die schwebende Schuld Englands betrug am 31. Dezember 1931 727.480.000 Pfund. Hier ist eine Zunahme um 133.155.000 Pfund gegenüber dem 31. März festzustellen.

A-SCHARDER
Der große Beifzug

Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.

2. Fortsetzung

Nach Clemens traf Albert dort: „Menschenskind, Albert! Wie er ihn an, „was machst Du denn hier?“ Clemens war Mitglied des Aktionsausschusses und war auf dem Wege zur Erwerbslosenversammlung. Albert ging mit ihm. Und er hörte dort, was er schon früher gehört hatte: „Es ist kein Geld da, um die Unterstützung zu erhöhen. Auch die Wirtschaftshilfe ist abgelehnt. Die Empörung darüber ließ sich in erbitterten Anklagen der ersten Disfunktionsredner löten.“

Ein anderer Redner forderte auf, in die Gewerkschaften einzutreten, um diese zu zwingen, sich für die Forderungen der Erwerbslosen einzusetzen. Nicht leerer politischer Radikalismus bringe die Erwerbslosen vorwärts, sondern die Einheitsfront! Er legte eine Resolution vor und verlangte Abstimmung darüber.

„Die Einheitsfront mit den Gewerkschaften ist die Einheitsfront mit der Konterrevolution! Nur durch die Trennung von der Konterrevolution entsteht die Einheitsfront des Proletariats gegen den Kapitalismus“, sagte der Nächste.

„Das ist Demagogie“, erwiderte wieder ein anderer. „Wir müssen die Führer der Gewerkschaften beiseite und revolutionäre Führer wählen. Wir müssen die Gewerkschaften zurückerobern. Wir müssen dort sein, wo die Massen sind. Wenn das Proletariat nicht fähig ist, die Gewerkschaften zu erobern, ist es erst recht nicht fähig, die Revolution zu machen. Das sagt ja sogar Lenin in „Einheitsfront mit den Radikalen im Kommunismus!“

„Zur Sache!“
„Was hat denn das mit der Erwerbslosenfrage zu tun?“
„Ihr habt wohl noch keinen Hunger?“
Albert hörte verwirrt auf die Zwischenbemerkungen. „Soll

mann bekämpfen sich denn die Kommunisten? Haben die sich auch noch gespalten?“ fragte er Clemens.

„Wo hast Du denn bis heute gelebt?“ gab Clemens ärgerlich zurück, denn er hatte keine Zeit, Albert einen Bericht über die Entwicklung der letzten Monate zu geben. Eine höhere Frau mit freistehender Stimme sprach:

„Genossen! — Brüder und Schwestern! — Habt ihr noch länger Lust, dieses Theater mit anzuhören?“

Die Rednerin warf beide Köpfe in die Luft und schrie:

„Wir müssen uns selbst helfen. Lohnt die Parteikonferenz unter sich. Sie mögen so lange von ihren Kinderkrankheiten quälen, wie sie Lust haben. Wir brauchen etwas zu essen, für uns und unsere Kinder.“

„Sehr richtig!“

„Wir selbst müssen handeln.“

„Was sollen wir hier stundenlang? Solange die Erwerbslosen nur in Versammlungen laufen und sich Reden anhören, kann man mit uns machen, was man will. Wir müssen den Herrschenden auf den Leib rücken. Die müssen gar nicht, daß wir noch da sind.“

Die höhere Frau hatte sich ihre Heißerkeit aus der Kehle geholt. Ihre Stimme klang nun klar und hell und kalt. Ihre Wangen glühten unnatürlich. Jeder Kern und jede Muskel ihres Körpers arbeitete. Sie forderte auf, nach dem Rathaus zu ziehen, um mit den Stadtvätern zu reden. Sie sagte das „Väter“ mit einer ironischen Geste.

Die Versammelten stimmten zu. „Stano, Vademann!“ riefen einige. Die folgenden Disfunktionsredner konnten sich kein Gehör mehr verschaffen. Nur als einer den Vorschlag machte, eine Kommission zu wählen, die verhandeln sollte, fand er Zustimmung.

Der Zug nahm auf der Straße Aufstellung. Einige hatten Pappschilde auf Patten genagelt: — „Wir fordern Arbeit und Brot!“ — „Der mit der Wirtschaftshilfe!“ — „Nieber mit den Schiebern und Buchstern!“

Sie zogen durch die Markstraße, vorbei am Arbeitnachweis. Unberührende Erwerbslose schlossen sich an. Dann marschierten sie durch die Pfarrstraße zur Frankfurter Allee. Im „Schwarzen Adler“ trat eine zweite Erwerbslosenversammlung. — Dreitausend Mann zogen die Frankfurter Allee entlang.

Die Geschäftsleute trafen misstrauisch vor die Tür. Sie hatten Angst vor der „Erfassung der Schwärze“. Einige Kolladen liefen geräuschvoll herab. Vor dem Rathaus standen vier Schulkinder und verwehrten den Einlass.

Die Versammelten protestierten. Die Schulkinder zogen in die Tausende hungernder Geschlechter, hörten Hunderte von Vermählungen und Protesten. Ihre Karabiner waren entlehrt. Einer trat zwei Stufen herab und sagte:

„Seid doch vernünftig. Zwingt uns nicht, Gewalt anzuwenden.“

Ein höhnisches Lachen war die Antwort. Eine Frau schrie laut: „Geben Sie mir das Jahrbüchlein mit, für meine Sore!“

Der Schupwachmeister trat rückwärts die zwei Stufen wieder hoch und sein Gesicht verzog sich zu einer energisch lein lallenden Grimasse. Von hinten und von den Seiten riefen einige:

„Wollen wir hier übernachten?“

„Los! — Rin! — Die schicken nicht! — Was können die dafür, wenn sie überrumpelt werden?“ Die vordersten wurden näher an die Stufen gedrängt.

„Zurück!“ Der Polizeimann nahm den Karabiner von der Schulter in die rechte Hand. Die andern folgten seinem Beispiel.

Da sprang die Vademann die Stufen hoch. Der Polizist wollte sie wieder hinabstoßen, aber sie hielt sich an seinem Arm fest. Er sah sich von ihr befreit konnte, waren die Arbeitslosen die Treppen hochgeschürmt durch die Treppen und Gänge. Der Portier jammerlich mit erhobenen Händen: „Herrschaffen, seien Sie vernünftig. — Wo wollen Sie denn hin?“

Im nächsten Augenblick sprangen einige Hundert gutgekleideter und gutgenährter Herren entsetzt von ihren Bänken hoch. Das waren die Stadtväter im Sitzungssaal. Die Erwerbslosen riefen nach ihrer Delegation. Als letzte kam die Vademann, halbtot stehend, mit Krampfbänden im Gesicht und zerrissener Bluse, die sie mit der Hand zusammenhielt.

Ein glattrasierter, eleganter Herr am Vorstandstisch erhob sich würdevoll und sagte: „Wer gibt ihnen das Recht, hier gewalttätig einzubringen?“

„Wir kommen im Namen des Volkes“, sagte einer und deutete auf den Vorraum. „Wir haben hier die Forderungen der Erwerbslosen zu unterbreiten.“

Ein höhnisches Gelächter erschallte von den Volkspartei-Bänken.

(Fortsetzung folgt.)

Schuh-Oestreich DAS BILLIGE SCHUHHAUS DRESDENS

Expres-Automat Prager Straße 54, schönster Ausflugsort inmitten der Dresdner Heide • Erfrischungsraum

Reserviert N. 115

Trinkt „Merkur“-Kaffee Kaffee-Grosso, „Merkur“ W. W. Schreienbach

BURGER-KASINO, Gr. Brüdergasse

Molkerei-Produkte Martha Winkler

Kauft bei unseren Inserenten

STADT BRAUNSCHWEIG Gute Verpflegung bill. Übernachtung

Zwerg-Drogerie, Rosenstr. 7

Schreibmaschinen / Verputztücher

Wo kaufen Sie billig MÖBEL 30 Rosenstraße 30 Goldhammer

Wettiner Bahnhofswirtschaft

Hamburger Büfett Tonangebendes Speisehaus

Gefra-Funkschau Dresden, altes Rathaus

Zoologische Handlung Max Winkler, Gr. Zwingstr.

aufs Brot beste Ware - niedrigste Preise

Widm. Madler Stebbanienstraße 31

Prima Fleisch- und Wurstwaren Paul Nagel

ff. Fleisch- und Wurstwaren Mag. Käffemödel

Prima Fleisch- und Wurstwaren Hellmut Winkler

Reserviert

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Emil John

Schloß-Café-Klausur Schloßstraße 30

Stepdecken-Hänel nur Kanalstraße 1

Lebensmittel, Grünwaren Willi Köhler, Strehlener Str. 32

Reserviert 50

Radio-Geschäft

Karl Gasser Spezial-Geschäft

Hauptgesch.: Gr. Zwingstr. 24

Allerfeinste Tafelbutter zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Anna Maria Genath

Dresden-Johannstadt

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Martin Preusche, Fleischerm.

Dpl.-mech.-Rep. Anstalt Willy Brendel

Feinbäckerei, Konditorei, Café Kurt Möbius

H. hausschl. Fleisch- u. Wurstw. Hans Wetzlich

Musik-Schwenke

„Renova“ Malchowskier u. Kapur-S-Büchle

Friedrich Holmann

Restaurant u. Café Wendisch

Kurt Petters

Fein- und Weißbäckerei Franz Pabich

Wein- und Spirituosenhandlung

PAUL LANGE

Dresden-Collie

Collaer Farben-Centrale

Lehmans Mikronen u. Honigkuchen

Schokoladen-Spez.-Geschäft Ida Ziegs

Schokoladen-Verlosung

Reserviert N. 100

Wim Köhler, Blumenthalstr. 1

Zirkel aller Arbeiter

Arthur Thiede

Lebensmittel Lydia Beronmann

Gärtners Markthalen

Genosse! Feine Kohlenhandlung

Feine Fleisch- und Wurstwaren Bruno Hertrampf

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Kurt Müller

Prima Fleisch- und Wurstwaren Emil Otto

Hamburger Fischhalle

Freitags Lebensmittelhaus

Richard Lötsch

Restaurant Löschergarten

Paul Geißler

FISCH-LOTZE

Kurt Weitzel, Wehrstraße 22

Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren

Möbel von Schmieder

Gasthof und Ballsaal „Bürgergarten“

Drema-Milch

Butterhandlung „Voreley“

Wild, Geflügel, Feinkost

MAX SCHMALZ

Konditorei u. Café Müller

Hugo Petermann

Ernst Stiller

Helbig & Co.

Der neuzeitl. Badestuhl

ff. Fleisch- und Wurstwaren Fritz Barthel

Reformhaus DW

Marini

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Alfred Böhm

Viktor-Drogerie

Schnelbesoh-Anstalt

Reserviert für Schandauer Straße 88

Barbarossa-Drogerie

ERICH GLAUER

RICHARD RICHTER

KRANK

Ehren, Goldwaren Bergmann

Dehrbröt, 3 Meißel

Herrn, Wagner, Kornblüth

Feine Fleisch- und Wurstwaren ALBRECHT NETTE

Curt Stefan

Zulien-Apothek

Filialen: Webergasse 1 / Wallstr. 26 / Wallstr. 5

KUCHEN-KRAHMER immer frisch immer billig

Beilage Montag den... Die letzte... gember 1931... Brünig-G... nie in Kraft... Die letzte... gember 1931... Brünig-G... nie in Kraft... Die letzte... gember 1931... Brünig-G... nie in Kraft...

Rapid wachsendes Wohnungs-Glend!

Drüning-Schieds Geschenk an die werttätigen Mieter . Die zehnprozentige Mietensenkung tritt praktisch in Kraft . Erwerbslose und Rentner müssen ab 1. April erhöhte Mieten bezahlen . Fünfprozentige Erhöhung bei den Neubaumietern . Kiezengeschenk an die Hauspächter

Die letzte Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember 1931 bringt neben den unzähligen Lasten für die werttätige Bevölkerung Deutschlands auch eine "kleine Verbesserung": Die Senkung der Altbaumieten um 10 Prozent der Friedensmiete ab 1. Januar 1932. Diese Senkung gilt sowohl für Wohnungen, als auch für Gewerberäume.

Schon die Tatsache, daß nicht 10 Prozent der gegenwärtigen, sondern der Friedensmiete abgebaut werden sollen, zeigt, daß dieses "Geschenk" viel geringer ist, als es auf den ersten Blick erscheint.

Aber es kommt noch schöner. Die Notverordnung schreibt vor, daß die Hauszinssteuer bis 31. März 1932 in der alten Höhe (81 Prozent der Friedensmiete) bestehen bleibt, daß also die 10 Prozent vom Hausbesitzeranteil in Abzug gebracht werden. Der Hausbesitzer erhält nicht mehr 72, sondern nur noch 62 Prozent der Friedensmiete. Also kommen, so scheint es wenigstens, auch diejenigen Mieter in den Genuß der Mietensenkung, die bisher keine Mietzinssteuer zu zahlen brauchten. Doch nur bis zum 31. März 1932.

Ab 1. April teilt nämlich die durch die Notverordnung vom 8. Oktober dieses Jahres getroffene Senkung der Mietzinssteuer um 20 Prozent in Kraft. Sie kommt dem Hausbesitzer zugute. Das bedeutet, daß alle Mieter, denen die Mietzinssteuer erlassen wird, wie Erwerbslose, Rentner, Kurzarbeiter usw. ab 1. April eine entsprechend höhere Miete an den Hausbesitzer zahlen müssen. Für diese Mieter kommt durch die neue Notverordnung nur während der Monate Januar bis März 1932 eine wirkliche Senkung ihrer Miete in Frage. Am 1. April wird durch die Erhöhung des Hausbesitzeranteils an der Gesamtmiete die jetzige Mietensenkung wieder illusorisch gemacht.

Noch nehmen wir ein konkretes Beispiel, um das besser illustrieren zu können: Die Friedensmiete beträgt angenommen 20 Mark wöchentlich. Gegenwärtig hat der Mieter 123 Prozent derselben oder 24,60 Mark zu zahlen. Er erhält der Hausbesitzer 72 Prozent oder 14,40 Mark. An Mietzinssteuer sind zu zahlen 51 Prozent oder 10,20 Mark. Ab 1. Januar wird die Miete um 10 Prozent der Friedensmiete oder 2 Mark gesenkt. Diejenigen Mieter, die die volle Miete abführen müssen, zahlen also in Zukunft nur noch 22,60 Mark, die Erwerbslosen, Rentner usw. 12,40 Mark.

Ab 1. April wird die Mietzinssteuer um 20 Prozent gesenkt. In unserem Beispiel bedeutet das eine Senkung um 2,04 Mark von 10,20 Mark. Der erwerbslose Mieter hat somit ab 1. April 2,04 Mark mehr an den Hauswirt abzuführen, als das in den Monaten Januar bis März der Fall ist. Seine Miete beträgt dann 14,44 Mark gegen 14,40 Mark bis zum 31. Dezember 1931. Mit anderen Worten: Die Erwerbslosen kommen nur für ganz kurze Zeit in den Genuß der Mietensenkung, sie haben in Zukunft sogar noch mehr zu zahlen als heute.

Dazu kommt noch eine weitere Verschlechterung für diese Mieter. Der Hauseigentümer ist berechtigt, die Mietzinssteuer in der Zeit bis zum 31. März 1934 durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen. Zur Ablösung ist das Dreifache des Jahresbetrages für 1932 erforderlich, wenn der Ablösungsbetrag bis zum 31. März 1932, und das Dreieinhalbfache, wenn der Ablösungsbetrag bis zum 31. März 1934 entrichtet wird. Das heißt, daß ein Hauswirt seine Wohnungen praktisch loskaufen kann, wenn er das Drei- bzw. Dreieinhalbfache des Jahresbetrages der Mietzinssteuer entrichtet. Dabei machen die Herren Hausbesitzer einen ganz hübschen Gewinn. Sie sichern sich dann für alle Zeiten die volle Miete.

Erwerbslose und Rentner, die in einem solchen Hause wohnen, müssen dann mit einem Schlag die volle Miete zahlen. Sie kommen niemals mehr in den Genuß des Mietzinssteuererlasses.

Nun bestimmt allerdings die Notverordnung folgendes: „Soweit die Hauszinssteuer nach den Landesbestimmungen mit Rücksicht auf die Hilfsbedürftigkeit der Mieter zu mindern und niederzuschlagen ist, sollen die Landesregierungen bestimmen, in welcher Weise die Auswirkungen der Ablösung für Hilfsbedürftige Mieter unter Mithilfe der Fürsorgeverbände auszugleichen sind. Die Länder haben hierfür die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Doch wird dieser Passus praktisch kaum in Erscheinung treten, da die Fürsorgeverbände schon jetzt bei der Gewährung von Mietbeihilfen für erwerbslose Neubaumietern sehr zurückhaltend sind, weil sie, wie immer, für diese Zwecke kein Geld haben. Zur Unterfütterung sollen Teile der Mietzinssteuer verwendet werden.

Wie hoch der Teil sein kann, sagt die Notverordnung nicht. Praktisch wird dadurch für die Mehrzahl der erwerbslosen Mieter eine Mieterhöhung um mindestens 80 Prozent ihres gegenwärtigen Standes eintreten.

Sind durch die angeführten Bestimmungen so gut wie alle Vorteile für die Mieterkassen bereits wieder illusorisch gemacht, noch ehe sie in Kraft treten, so beseitigt die Durchführungsverordnung der jählichen Regierung auch noch die letzten Hoffnungen der Mieter. Diese Verordnung berechtigt den Hausbesitzer zu einer Mieterhöhung von 5 Prozent der Friedensmiete, wenn in einer Gemeinde nach dem 1. Oktober 1931 Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben gestiegen sind oder in Zukunft noch steigen. Also neue Mieterhöhung!

Großspurig hatte die Reichsregierung eine 15prozentige Senkung der Neubaumieten angekündigt. Daß daraus nichts wird, ist bereits zur Genüge bekannt. Wir brauchen darüber kein Wort mehr zu verlieren. Auch in der neuen Verordnung der jählichen Regierung ist nur davon die Rede, daß die Grund-

An alle Parteimitglieder!

Morgen Dienstag, den 5. Januar, Zellentag im Bezirk. Fordert von eurer Zellenleitung eine eingehende Behandlung des Rundbriefes unseres ZK, der sämtlichen Parteileitungen zugestellt wurde.



Grundbesitzer sich sofort bei ihren Geldgebern Klarheit verschaffen sollen, ob und inwieweit (!!) eine Zinsenkung durchgeführt werden kann. Danach soll dann festgestellt werden, ob und in welchem Maße (!!) auch eine Verbilligung der Neubaumieten in Frage kommen kann.

Das Wenige, das nach all diesen einschränkenden Paragraphen und Verordnungen wirklich noch übrig bleibt, wird vollends beseitigt, wenn am 31. März 1933 das Reichsmieten- und Wohnungsmangelgesetz außer Kraft treten. Dann ist dem Mieterwucher Tür und Tor geöffnet.

Kiezengeschenke an die Kapitalisten, an die Hauspächter, das ist das Neujahresgeschenk der Kränzung- und Schieds-Regierung. Die SPD hilft bei dieser Massenbelastung mit. Sie trägt gemeinsam mit den Bürgerlichen die volle Verantwortung. Die werttätigen Mieter müssen deshalb erkennen, daß es gilt, Front zu machen. Beim roten Bolschewismus müssen die werttätigen Mieter ihre Stimme erheben und ihre Bereitschaft zeigen zum Kampf gegen weitere Verleumdung und Reaktion, für die Sicherung der Existenz im Sozialismus!

Wie sie sich fühlen

Ein Beispiel, wie sich die Hausbesitzer nach Erlaß der 4. Notverordnung fühlen, sind die nachfolgenden von uns abgedruckten Bedingungen, wie sie einem jetzt erwerbslosen Arbeiter, der sich selbständig machen will und dazu Geschäftsräume benötigt, für die Vermietung solcher Räume zugesandt wurden.

Weimar, den 30. November 1931.
Bedingung für die Vermietung des Ladens mit Nebenräumen im Hause Dresden-Friedrichstadt, Schäferstraße 85. Im Hause Schäferstraße 85 in Dresden sind ein Ladenraum, eine Ladenstube und weiter drei zum Laden gehörige Räume im Erdgeschloß, sowie Boden und Kellerraum sofort zu vermieten und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Der Mieter muß die Herrichtung der Räume selbst übernehmen (die Dienen ausbessern lassen, die Dienen leihen, einen Ofen anschaffen, der dann in mein Eigentum übergeht, die Wände tapetieren bzw. streichen lassen).
2. Die Miete beträgt 60 Mark monatlich, sie ist im voraus zu bezahlen. Daneben sind die Nebenausgaben zu bezahlen laut vom mir aufgestellten Mietvertrag (Vollergeld, Pächterabsatz, Treppenbeleuchtung anteilig).
3. An mich sind bei Abschluß des Mietvertrages 500 Mark in bar zu bezahlen. (Diese Abschlagssumme wird im Hinblick auf früher erlittene Verluste und auf die billige Miete gefordert). Zwischenverfügungen bleiben vorbehalten.
4. Der Mietvertrag ist vom Ehemann und der Ehefrau zu unterschreiben.
5. Der Bewerber muß 1000 Mark in bar zur Verfügung haben und versichern, daß er keine Schulden hat (langfristige Hypothekenschulden mit entsprechenden aktiven Vermögenswerten sind natürlich ausgenommen). Von den 1000 Mark sind 500 Mark an mich für Nebennahme zu zahlen (siehe 3) den Rest braucht der Erwerber zur Herrichtung der Räume und Anschaffung von Waren.

Weitere Auskünfte erteilt Frau D. v. dem, Schloß, Schäferstraße 85. H. Dort kann auch der abzuschließende Mietvertrag eingesehen werden. Der endgültige Abschluß des Mietvertrages bleibt mir ausdrücklich vorbehalten. Frau Schloß ist zum Abschluß des Mietvertrages nicht berechtigt. Etwasige Zustimmung des Wohnungsamtes ist Sache des Mieters.

Rechtsanwalt
(Unterschrift unleserlich).

Diese Bedingungen sind unannehmlich. Sie ruinierten den Kleingewerbetreibenden schon, ehe er das Geschäft überhaupt aufnehmen würde. Daß die Hauspächter sich heute nach der Aufhebung der wichtigsten Teile des Mietergesetzes schon völlig frei in ihrem Handeln fühlen, geht aus diesem Schreiben hervor. Die Kleingewerbetreibenden müssen als Antwort hierauf sich gemeinsam mit allen werttätigen Mietern einreihen in die rote Klassenfront und unter Führung der kommunistischen Partei kämpfen gegen Mieterwucher und Reaktion für den Sozialismus.

Geschöpfte Familie auf die Straße gesetzt

Zwanzigfacher Hausverwalter wirft geschöpfte Familie mit kranker Frau auf das Straßenpflaster

Am Poppitz 18, Hinterhaus 1, wohnte der erwerbslose Arbeiter Max Schulze mit seiner geschöpfte Familie. Er hatte dort den Hausmannsposten, den er gegen eine Bezahlung von 25 Mark monatlich ausübte. Schon lange war dem Zwanzigfachen Hausverwalter und Hausbesitzer Hermann Kaul diese Summe zu hoch. Er versuchte die Entschädigung herabzudrücken. Kurzerhand wurde von ihm dem Schulze im vorigen Jahre zum Juni gekündigt. Da Schulze nicht mitwachte, mußte Herr Kaul an das Gericht, das diese Kündigung nicht anerkannte, dafür aber einen neuen Kündigungsstermin für 31. Dezember ansetzte. Trotz aller Bemühungen hatte Schulze bis dahin eine Wohnung nicht erhalten können. Am 31. Dezember hatte sich Schulze deshalb zur Obdachlosenfürsorge gemeldet, die ihn sofort im Obdach, Leipziger Straße 51, Räume zur Verfügung stellte. Am 2. Januar früh begann Schulze die Räumung. Er hatte bereits einen großen Teil seiner Möbel auf einem Lastwagen verladen. Da kam gegen 5 Uhr ein Kommando angedrückt, bestehend aus 5 Sipos, einem Krim-Wachtmeister, 2 Wohlfahrtspolizeibeamten, dem Gerichtsvollzieher mit dem Hausverwalter und 4 Mann zum Räumen. Alle Einwendungen nützen nichts. Obgleich Schulze auf den Zustand seiner Frau, die in diesem Jahre bereits dreimal krank gewesen ist, hinwies und ein Zeugnis des Fürsorgearztes Dr. Dienemann vorlegte, in dem dieser ersuchte,

von Räumung Abstand zu nehmen, obgleich selbst der Gerichtsvollzieher, die Sachloge sofort überhörend, den Hausverwalter ersuchte, von der Zwangsäumung Abstand zu nehmen, bestand Herr Kaul auf der Zwangsäumung. Die Möbel mußten von dem Lastwagen wieder abgeladen und auf die Wagen des Gerichtsvollziehers umgeladen werden. Sie wurden nach der Poppitzstraße 6 gebracht.

Dadurch ist eine geschöpfte Familie ohne jedes Obdach.

Selbstverständlich ist es, dem Erwerbslosen unmöglich die Sachen sofort wieder einzulösen zu können. Mit einer kranken Frau und vier unmündigen Kindern kann Schulze die Wände in den leeren, ihm zur Verfügung gestellten Räumen betrachten. So steht die Nächstenliebe der Hauspächter aus; Herr Kaul ist, wie mitgeteilt wird, Anhänger des „Dritten Reiches“. Er wollte vorher Schulze für die Räumung des „Arbeitskampfs“, den er keinen Mietern angelegentlich empfahl. Das 4. Hinterhof der Kapitalisten. Die Behörden unterstützen in einem solchen Falle den Hauspächter. Die Arbeiter aber werden durch Kampf für das rote Selbsthilfeprogramm der kommunistischen Partei dafür sorgen, daß im kommenden freien sozialistischen Deutschland allen Werttätigen ein menschenwürdiges Untertommen gesichert wird.

Wer ist von der Mietzinssteuer befreit?

Da viele Werttätige durch die Auslegung der vierten Notverordnung glauben, daß Änderungen auch in der Mietzinssteuer eingetreten seien, teilen wir an dieser Stelle mit, daß das nicht der Fall ist. Die Mietzinssteuerbefreiungen werden wie folgt gewährt:

Die Befreiung kann beansprucht werden, wenn der Arbeitslohn ohne Abzug der Steuer-, Kassenbeiträge und dergleichen für die dem fünften Tage des Monats vorangegangene Lohnperiode bei wöchentlich bei monatlicher Entlohnung Entlohnung

bei Unverheirateten oder Verwitweten ohne Kind . . . 26,49 Mark 108,49 Mark
bei Verheirateten ohne Kind . . . 28,89 Mark 118,49 Mark
bei Verheirateten mit 1 Kind . . . 31,29 Mark 128,49 Mark
bei Verheirateten mit 2 Kindern . . . 36,09 Mark 148,49 Mark
bei Verheirateten mit 3 Kindern . . . 45,69 Mark 188,49 Mark
bei Verheirateten mit 4 Kindern . . . 56,00 Mark 233,33 Mark
bei Verwitweten mit 1 Kind . . . 28,89 Mark 118,49 Mark
bei Verwitweten mit 2 Kindern . . . 33,69 Mark 138,49 Mark
bei Verwitweten mit 3 Kindern . . . 43,29 Mark 178,49 Mark
bei Verwitweten mit 4 Kindern . . . 56,00 Mark 233,33 Mark
nicht übersteigen hat.

Als Kinder gelten auch Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder, sowie deren Abstammlinge, wenn sie den Haushalt des Steuerpflichtigen (Wohnungsinhabers) teilen.

Dem Lohn ist auch das sonstige Einkommen und das Einkommen aller Personen, die den Haushalt des Steuerpflichtigen teilen, hinzuzurechnen.

Als Einkommen gelten auch Unfall-, Invaliden-, Altersrenten, Streitunterstützungen, Bezüge der Kraftsarbeiter, gesetzliche Unterhaltsbeiträge. Dagegen gelten nicht als Einkommen Versorgungsbezüge, nach dem Reichsversorgungsgesetz, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenrenten, Krankengeld, Fürsorgeunterstützungen, Erwerbslosenzulagen, auch solcher aus Gewerkschaftskassen, Unterstützungen aus der Tabaksteuer.

Ueberschreitet das Einkommen die in der Tabelle ausgeführten Befreiungsgrenzen um einen geringeren Betrag, als die monatliche Mietzinssteuer ausmachen würde, dann braucht auf Antrag nur dieser geringere Betrag an Mietzinssteuer entrichtet zu werden.

Vordrucke zu Anträgen auf Mietzinssteuerbefreiung sind bei den Steuer- und Wohlfahrtspolizeistellen zu entnehmen.

Geführoheit

Freitag, Am Mittwoch in der 18. Stunde kürzte eine dem Arbeiterhande angehörende Frau mit einem vier Monate alten Kinde auf dem Arm und verlor sich den Fuß. In das sie sich kaum erheben konnte. Ein gutgekleideter Mann, welcher vorüberging, ließ die Frau mit Kinde ruhig auf der Straße liegen.

Dem restlosen Abbau entgegen

Verlegung des Wohnungsamtes

Dazu teilt der Rat mit: Am 4. Januar 1932 ist das Wohnungsamt wegen Umzugs für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Die Anmieträume des Wohnungsamtes (bisher Ferdinandstraße 17, Hinterhaus) befinden sich vom 5. Januar 1932 ab im Neuen Rathaus, 4. Obergeschloß (Eingang Ringstraße 19). Der Eingang zur Wohnungsübergangsstelle ist Zimmer 400 und zur Schiedsstelle für Hausverwaltung Zimmer 456.

Ueberall Hochwassergefahr in Sachsen

Autobus- und Eisenbahnlinien eingestellt

Seit Sonnabendabend regnet es bei uns infolge Eindringens luftspätheter Luftmassen ununterbrochen. In Verbindung mit der Schmelze der Schneemassen führen alle Flüsse, die aus dem Gebirge kommen, große Wassermengen.

Verschiedene Autobuslinien mußten dadurch, daß die Wassermassen auch den Verkehr auf den Landstraßen gefährdeten, den Verkehr einstellen. An vielen Stellen traten die Flüsse und Flüsse über die Ufer.

Die Schmalpfortrede Heidenau-Altenberg mußte zeitweilig gesperrt werden.

Die Reichsbahndirektion Dresden gab gegen 23 Uhr folgende amtliche Meldung heraus: Die Schmalpfortrede Heidenau-Altenberg ist zwischen Heidenau, Heidenau und Heidenau infolge Gefährdung vor zwei Meilen durch das Hochwasser, an innerer Der Verlassen steht durch Unfällen unter Zustimmung von Postamtlichen unterhalten.

ROTER SPORT

Sonntag, den 10. Januar Städtespiele

Zwischen Dresden—Wirma im DSB-Stadion, Anstoß 14 Uhr, und Freital—Heidegruppe auf dem Sportplatz Deuben, Bergstraße, Anstoß 10 Uhr

Am 31. Januar findet in Berlin das Spiel zwischen der Elf der Reichshauptstadt und unserer Städtemannschaft statt. Damit wir auf alle Fälle gewappnet sind, die besten Kräfte nach Dorthin zu entsenden, hat sich unsere technische Leitung entschlossen, obige 2 Städtespiele stattfinden zu lassen, um somit die besten Kräfte feststellen zu können. Es ist schon zur Tradition geworden, ein Spiel gegen Wirma zu absolvieren. Dagegen begehen sich die Freitaler wie die Heidegruppe nur einmal. Das letzte Spiel zwischen den erstgenannten in Jähodmisch zur Flakweide endete mit einem glücklichen Siege Dresden. Die Elf aus dem Flamenischen Grunde verlor knapp gegen die Leute der Heide. Wie mit erfahren haben, haben die Unterlegenen sich zur Aufgabe gemacht, unter allen Umständen sich zu verewandern. Wenn nicht alles trägt, kann es auch sonst kommen. Wir als rote Sportler haben nun dafür Sorge zu tragen, für diese Spiele gute Vorbereitung zu leisten, um damit zu zeigen, daß „bundesfreie“ sowie bürgerliche Sportler sich von unserer Spielfärke überzeugen. Der Vorkauf hat begonnen, der Eintrittspreis ist so minimal, daß auch der Vermehrte sich diesen Genuss leisten kann. Die Eintrittspreise sind folgendermaßen: Kollaborierer im Vorkauf 20 Pf., an der Kasse 40 Pf., Jugendliche und Erwerbslose im Vorkauf 15 und an der Kasse 20 Pf., Kinder Eintritt frei.

Der Reichsmeister verlor den Revandstkampf gegen Sparta 11 Berlin mit dem knappen Resultat 0:1. Dieses Resultat ist schmerzlich für die Rothosen, denn die Berliner waren demütigt die technisch Besseren im Spielfeld. Zu Heidebau Langte es gerade zu einem Unentschieden zwischen „Kormaris“ Heidenau und Sparta 11 Berlin. Dieses Spiel mußte leider wegen dem allzuartigen Regen kurz nach Halbzeit abgebrochen werden.

Da am Sonntagabend plötzlich Regen und Taumetter eintrat, und die Spielplätze darauhin unter Wasser standen, fielen fast alle Serien- wie Vorkämpfe am Sonntag aus.

Nachfolgend bringen wir die einzelnen aus zugegangenen Spielberichte.

DSB 10 1—Sparta 11 Berlin 1 0:1 (0:1) Eden 6:4

Der dem Hauptspiel trafen sich die Jugendmannschaften beider Vereine und zeigten ein schönes, hüßliches Spiel. Kurz vor Schluß konnten die Einheimischen den einzigen Treffer des Spieles einstecken und damit den Sieg feststellen.

Die 1000 Zuschauer brauchten nicht lange zu warten, denn nach diesem Spiele betrat die Berliner sofort als erste den Platz. Die Rothosen folgten sofort. Bei der Platzwahl zogen die Gäste das bessere Los und DSB mußte sich mit dem Anstoß begnügen. Während die Rothosen die beiden ersten Spiele gewinnen konnten, mußten sie diesmal auf eigenem Platz eine Niederlage einstecken. Mit dem Anstoß zeigten die Spartaner ein Kombinationspiel, wie man es selten sieht. Die linke Seite des Gästeturmes machte durch ihr bleibendes Zusammenarbeiten der gegnerischen Hintermannschaft schwer zu schaffen. Während die Gäste sich ausgezeichnet miteinander verstanden, hundert sich der Reichsmeister überhaupt nicht ankommen, ja es fehlten die gewohnten Kombinationszüge. Der Schick der ersten Spielfälfte nicht und doch ist es noch keine Partei trotz hüßlicher Momente gelungen, die Führung zu übernehmen. Endlich, in der 37. Minute, lenken die Rothosen unabsichtlich ein und lösen somit die Spannung die über den Zuschauern lag. Während nur der Paule Sparta tanangendend war, so wendet sich nach Seitenwechsel das Blatt etwas zugunsten des Gästeherrn. Trotz eines Elfmeters und Strafstoßes gelangt es ihm nicht, den Ausgleich zu schaffen. Endlich geht 10 Minuten vor Schluß DSB zum Angriff über, Angriff auf Angriff rollt auf des Gegners Tor, doch mit aller Energie verteidigt der Gast seinen Vorsprung und am Ende heißt der wohlverdiente Sieger Sparta. Die beiden Reute beider Mannschaften waren nummernmäßig die beiden Hüter und beide Halbkünfte. Trotz des glatten Bodens bekamen die Zuschauer ein schönes, interessantes Spiel zu sehen, welches vom Schiri nicht benehrens glatt geleitet wurde, da er mehr laufen und mehr auf Arbeit und Hand achten mußte. Zu bemerken ist noch, wie Augenzeugen berichten, daß mehrere bekannte „Seelenfänger“ aus dem bürgerlichen Lager amwehnd waren, um zu sehen, ob wieder eine „Beute“ zu fapen ist.

Heidenau 1—Sparta 11 Berlin 1:1

Der Schlichter nahm zu diesem Spiel den bürgerlichen Sportplatz in Anspruch der infolge einleuchtenden Taumeters und fremden Regens nur einigermaßen spielfähig erschien. Trotz des Unwetterhies hatten sich 1000 Zuschauer eingekleidet unter ihnen zahlreiche Bundesstreue. Brand!

Die Gäste legen sofort zum Hatten Kampf ein, zeigen jedoch etwas unnötige Härte. Spannende Situationen wurden ohnehin vor beiden Toren geschaffen, bei dem die Hüter trotz ihrer Arbeit unter Bemehrs Reiten konnten. Nach aufopferndem Drängen erzwangt der Gast den Führungstreffler, dem die Einheimischen kurz darauf den Ausgleich entgegenstellen konnten. Immer größer Anstrengungen erforderte der aufgeweckte Boden. Die Vormarschteile verstanden den ungemehrs flinken Berliner einen schmerzhaften Granat abzugeben. Kurz nach Halbzeit, wurde dieser Kampf infolge der Bodenverhältnisse vom Schiri, der nicht ganz heizlebigen konnte, abgebrochen.

Heidenau 1. Jugend—Sparta 11 Jugend 1:1

Cogmannsdorf 1—Fortschritt 1 4:3 (3:3)

Die zahlreichen Zuschauer in Erwartung eines großen Kampfes wurden leider enttäuscht da die Berliner Mannschaft keine Spielgenehmigung erhielt. Alle Anstrengungen, dieselbe zu erhalten, damit Sparta antreten konnte, waren vergebens. Am wenigstens den Zuschauern ein Spiel vorzuführen sprang die 1. Elf des Bundesvereins Fortschritt Dresden in letzter Minute ein. Beide Mannschaften mit Erlaubnis dem Publikum ein anprehenes Spiel. Die Einheimischen waren durch die Blöße der Berliner nicht auf der gewohnten Höhe. Doch tat dieses dem merkwürdigen Charakter für unsere Bewegung keinen Abbruch. Das Publikum war durch die Ereignisse nicht ganz zufrieden. Schiri bis auf einige kleine Fehler gut.

Süd-Heide 1—Weißhof 1 3:3 abgebrochen

Trotz drei Mann Einsatz und mit 10 Mann konnte der Platzbesitzer drei Tore vorlegen. Der Gast jedoch löst sich dadurch nicht ermutigen und gleicht bis Seitenwechsel aus. Nach demselben mußte das Spiel, da der Platz spielunfähig wurde, abgebrochen werden. Schiri trat nicht an. Erfolg-Schiri gut.

Weißhof 1—Dresden Weiß 1 3:4 (2:1)

Am ersten Tage des neuen Jahres trafen sich obige Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel, bei dem der Gast als per-

dienter Sieger den Platz verließ. Schuld an der Niederlage tragen der Torhüter und linker Verteidiger. Obwohl der Gastgeber längere Zeit führte, waren die Blaugelben nach der Halb-

Lenin Liebknecht Luxemburg



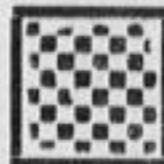
mahnen zum Kampf für den Sozialismus
Kundgebung am Dienstag dem 12. Januar in der Ausstellung

Karten im Vorverkauf Columbusstraße 9, Güterbahnhofstraße 2, Am Poppitz 18 (Büro IAH), Friseurgeschäft Gustav Stürmer, Röhrhofgasse, Literaturstelle Rosenstraße 76, Hinterhaus, Uhrmachermstr. Hermann, Görlitzer Straße

seit technisch besser. Daher war ihnen auch nicht der Sieg zu nehmen.

Weißhof 1—Dresden 1 2:3 (3:1)

Ein Genosse vom Weißhof mußte das Spiel an Stelle des nicht-angetretenen Schiris leiten. Bei aufgewecktem Boden entstand ein nicht gerade merkwürdiges Spiel, da die Gäste mehr mit dem Runde als dem Tuhe spielten. Je ein Genosse mußte nach der



ARBEITER-SCHACH

„Was uns im Schach Freude macht“

überschreibt Richard Réti das Kapitel seines Buches „Die neuen Ideen im Schachspiel“ in dem er eingehend die nachfolgende Partie behandelt. Wir geben seine Ausführungen dazu in ihren wesentlichen Teilen wieder.

Partie Nr. 38

Weiß: Tarrasch Schwarz: Em. Lasker
Gespielt als 4. Wettkampfpattie, Düsseldorf 1908
1. e2-e4, e7-e5; 2. Sg1-f3, Sg8-c6; Lf1-b5, Sg8-f6; 4. 0-0, d7-d6; 5. d2-d4, Lc8-d7; 6. Sbt-c3, Lf8-e7; 7. Tf1-e1, e5-d4.

In dieser Variante der spanischen Partie ist eine Stellung entstanden, in der Weiß seine Figuren auf den ersten 4 bis 5 Linien entwickeln kann, während Schwarz nur 3 bis 4 Linien zur Verfügung hat. Schwarz steht beengt und sucht sich durch Abtausch nach Möglichkeit zu befreien.

8. Sd3xd4, Sg6xd4; 9. Dd1xd4, Ld7xb5; 10. Sc3xb5, 0-0. Es folgen beiderseits ruhige Entwicklungszüge. 11. Lc1-g5, Tf8-e8; 12. Ta1-d1, h7-h6; 13. Lg5-h4, Sf6-d7.

Der S stand auf f6 schlecht, da Schwarz dem Gegner die Beherrschung von e4 und d5 doch nicht streitig machen kann. Weiß muß jetzt tauschen und befreit dadurch den schwarzen Turm. Zieht Weiß Lg3 verliert er ein wichtiges Tempo.

14. Lh4xe7, Te8-e7; 15. Dd4-c4. Weiß ist bereits gut entwickelt, bis auf den Sb5. Diesen will er über d4 nach f5 führen. 15. —, Te7-e5! Danach darf Weiß, wie leicht ersichtlich, nicht e7 schlagen. 16. Sb5-d4.



(Stellung nach dem 16. Zuge von Weiß)

Schwarz hat sich durch Abtausch ziemlich befreit. Bließ ein Nachteil gegenüber der weißen Stellung ist noch deutlich. Während Weiß zur Entwicklung seiner beiden Türme die e- und d-Reihe zur Verfügung hat, hat Schwarz nur die eine offene e-Reihe, und somit Schwierigkeiten, beide Türme zu verwerfen. Die schwarze Idee, an welcher der Laie vielleicht nichts Besonderes findet, ist dem Kenner aber ebenso originell wie kühn erscheint, ist folgende: Schwarz bringt seinen Turm über e5 in eine gefährdete, exponierte Stellung auf die c-Linie, in der richtigen Erkenntnis, daß ihm nicht nur alle Angriffe nichts anhaben können, sondern daß er den weißen Damenflügel sogar wirksam belästigen kann.

16. —, Te5-c5! 17. De4-h3, Sd7-b6! Der Springer ist zur Unterstützung des Turmes nötig, wie man aus dem weiteren Ver-

lauf ersehen wird. 18. f2-f4. Weiß glaubt den Turm auf c5 deplaciert und schneidet ihm daher die Rückzugfelder ab. 18. —, Dd8-f6; 19. Dd3-f3, Te8-e8; 20. c2-c3, a7-a5; 21. b2-b3, um nach a5-a4 mit 22. b3-b4 den Turm völlig einzuschließen ohne daß Schwarz en passant schlagen kann. 21. —, a5-a4; 22. b3-b4, Te5-e4. Nun hat der Turm keinen Zug mehr und erscheint völlig abgeschnitten von seinen anderen Figuren. 23. d2-d3, Te8-d8! Schwarz droht jetzt mit c7-c5 den weißen Damenflügel zu sprengen, seinen Turm zu befreien und dann infolge der schwachen weißen Bauern in Vorteil zu kommen. Dagegen hat Weiß keine genügende Verteidigung. Er versucht es daher mit einer geistreichen Kombination: 24. Te1-e3, e7-c5; 25. Sd4-b5, e4-b5; 26. Td1xd6! Td8xd6; 27. e4-e5. Die Punkte! 28. Te4xf4! Ein überraschender Zug, der die Kombination von Weiß widerlegt. Schwarz behält in jedem Falle ein entscheidendes Bauernübergewicht. 28. g3xf4, Df6-g6-1.

Untere Mannschaften

1885 3—DSB 10 4 0:3, DSB 10 WM—Straßenbahner komb. 3:10, DSB 10 1. Jgd.—Garbenerfabrik Dobritz Betriebsmannschaft 2:2.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Jähodmisch. Unser Vereinslokal befindet sich ab 1932 im Arbeiter-Samariterheim, Jähodmisch, Leubener Straße 5. — Mittwoch, den 6. Januar: Banzigerer Jähodmisch, Beginn 20 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen der AS

Freitag, den 8. Januar, 19.30 Uhr, im Lindengarten, Jahreshauptversammlung des Sportvereins Cogmannsdorf-Heidenau. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Achtung, Bezirksfußballtag

Sonntag, den 9. Januar 1932, 18 Uhr im Heim des Zentralvereins 1885 Schloßhofs Heidebau. Zu erscheinen mit Straßenbahnlinie 10 bis Endstation. Alle Vereine müssen pünktlich erscheinen und Delegierte entsenden.

Zurückgezogen: Spielvereinigung 02 A Volksmannhof.

Eulenspiegel zecht „Roter Pfeffer“!

Der Eulenspiegel hat auf seine Aufforderung, ihm einen neuen Namen zu geben, 1002 Antworten erhalten. Aus allen Vorschlägen wurde als treffendster und bester Titel „Roter Pfeffer“ ausgewählt. Aus den zehn Einreichern dieses Titels wurde der Kriegsinvalide Dietrich Thobaden, Friederichsberg Nr. 33,6 Gnarenburg (Hes., Bremen) ausgelost, der den Preis von 50 Mark erhielt.

Die nächste Nummer des Eulenspiegels erscheint also mit dem neuen Namen „Roter Pfeffer“ und ist Mitte des Monats für 20 Pfennig überall zu haben. Der „Rote Pfeffer“ bietet alle alten Freunde des einzigen proletarischen satirischen Blattes um weitere Mitarbeit.

Bearbeitet von der KG Dresden
Sparta Schach
Leiter: E. Schmalz, Dresden-A.1
Bartholomästraße 14, III

Was gefällt uns an dieser Partie?, fragt Réti und gibt auch die Antwort darauf: Der Kenner wird mit größter Spannung die ebenso originelle wie tiefe Idee Laskers verfolgen, der, indem er seinen Turm auf anscheinend gefährdetes Terrain führt, sich aus seiner beengten Stellung zu befreien versucht. Wir sehen, wie der Methodiker Tarrasch diesen eingedrungenen Turm systematisch zerniert. Wir sind nahe daran, die Sache des Schwarzen, der unsere Sympathie für sich gewonnen hat, für verloren zu geben. Aber da kommt der überraschende 23. Zug Te8-d8, mit der Drohung, den Turm zu befreien und die weiße Stellung zu zersprengen; und dann die Gegenkombination von Weiß. Das Drama nähert sich seinem Höhepunkt. Wenn dann die Lösung kommt: 27. Te4xf4! so freuen wir uns, daß das Wunderbare eingetreten ist, daß der geniale Gedanke, dem jeder Schachmeister sein höhes Ende vorhergesagt hätte, doch triumphiert hat über alle Systematik, über alle Regel.

Dresden. Nach Eröffnung einiger Hängen ist der Stab im Einzelmeister-Turnier bei Abbruch des alten Jahres folgender:
1. Schöneis 7 (6); 2. Pong 7 (11); 3. Appelt 5 1/2 (11 1/2); 4. Geisler 4 (2); 5. Kohnert 4 (3); 6. Schmalz 4 (3); Bitterlich 3 1/2 (2 1/2); 8. Hahnhausen 2 1/2 (3 1/2); 9. Schubert 2 1/2 (4 1/2); 10. Brindie 2 (4); 11. Hanns 1 1/2 (3 1/2); 12. Seidel 1 1/2 (3 1/2); 13. Ahlig 1 (3); 14. Stoppel 1 (4); 15. Schumann 0 (7).
Die nächste Runde (Rt. 9) findet Mittwoch, den 6. Januar, im DSB-Heim statt.

Der größte telegraphische Schachwettkampf der Welt

Das große telegraphische Schachturnier Europa—UdSSR, welches die russischen Genossen gegen fast alle europäischen Arbeiterschachvereine austragen, wird in einer Broschüre festgehalten, die Anfang Januar erscheint.

Neben einer ausführlichen Beschreibung des Wettkampfes und einer interessanten Schilderung seines Ablaufes, enthält diese, für alle Arbeiter-Schachspieler wichtige, Broschüre 30 Partien des Wettkampfes aus allen Teilen Europas. Die sorgfältige Glosierung der Partien macht die Broschüre auch zu einem wertvollen Lehrstoff für Schachspieler jeder Stärke.

Trotz der vorzüglichen Ausstattung ist der Preis auf nur 40 Pf. festgesetzt. Bestellungen sind an den Arbeiter-Sport-Verein Berlin C. 28, Mühlstraße 24, zu richten. Da die Auflage eine beschränkte ist, empfiehlt sich Vorausbestellung.

Diese Broschüre gehört in die Hand eines jeden Arbeiter-Schachspielers.

Gegen Sodbrennen nur 1) Bullrich-Salz 1-2 jezt Tabletten nur 20

